Herrmann: "Euthanasie"-Ausstellung im Innenministerium wegen großer Nachfrage verlängert

24. Januar 2020

+++ Die Ausstellung mit dem Titel „Gedenken an die Opfer des NS-„Euthanasie“-Programms“ im Bayerischen Innenministerium wird wegen großer Nachfrage verlängert. Die seit Montag, 20. Januar öffentlich zugängliche Ausstellung wird auch von Montag, 27. Januar bis einschließlich Mittwoch, 29. Januar 2020 für Interessierte geöffnet sein. Die Ausstellung kann jeweils von 11 Uhr bis 14 Uhr im Innenhof des Innenministeriums, dem historischen Odeon am Odeonsplatz 3 in München, besichtigt werden. +++

„Ich bin beeindruckt, dass sich so viele Münchnerinnen und Münchner, Touristen und Schulklassen für dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte interessieren“, so Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. „Mit unserem Gedenken an die Euthanasie-Opfer legen wir ein klares Bekenntnis ab: Humanität, Rechtsstaat und die Würde des Menschen müssen durch uns alle tagtäglich verteidigt werden. Das Erinnern an die staatlich gelenkten Ermordungen von als „lebensunwert“ eingestuften Menschen ist für uns Auftrag und Verpflichtung.“ +++

Herrmann dankte der Gedenkinitiative „Euthanasie“-Opfer München, mit deren maßgeblichen Unterstützung die Ausstellung konzipiert wurde: „Besonders der Psychiater Prof. Dr. Michael von Cranach und die Historikerin Dr. Sybille von Tiedemann haben durch ihre Forschung die Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels unserer Geschichte maßgeblich vorangetrieben. Viel zu lange haben die Stimmen der Überlebenden und Angehörigen kaum Gehör gefunden. Der Gedenkinitiative ist es zu verdanken, dass die schrecklichen Ereignisse, bei denen psychisch kranke Menschen systematisch erfasst, verfolgt, deportiert und getötet wurden, heute nicht schön zu reden oder gar zu leugnen sind.“

Vor 80 Jahren, am 18. Januar 1940, führte das für den Vollzug der NS-Gesundheitspolitik zuständige damalige Innenministerium die erste Deportation von kranken und behinderten Menschen in Bayern durch. „Der 18. Januar ist damit auf traurige und beschämende Weise mit dem Bayerischen Innenministerium verbunden. Das Grauen dieser mörderischen Verbrechen macht fassungslos“, so Herrmann. „Auch mit Blick auf die damaligen barbarischen Verbrechen dürfen wir nicht zulassen, dass heute wieder mit zunehmender Intensität gehetzt wird – sei es im Netz oder der Wirklichkeit, sei es gegen Menschen mit Behinderung, Juden, Homosexuelle oder Migranten.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers